



aus Wiesbaden

Nr. 18– Januar 2004

*Liebe Genossinnen und Genossen,
Landtagswahlen in Hamburg, Saarland und Brandenburg, Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern und die Europawahl am 13. Juni – die Wahlergebnisse werden zeigen, ob der Abwärtstrend unserer Partei in 2004 gestoppt werden kann. Noch immer weist die Entwicklung der Mitgliederstatistik nach unten. Insbesondere Genossinnen und Genossen, die der SPD seit Jahrzehnten verbunden waren, sind im letzten Jahr aus der Partei ausgetreten. Das ist besonders schmerzlich, weil wir jeden und jede einzelne brauchen werden, um unsere alte SPD wieder flott zu machen und für die dringend notwendige Motivation zu sorgen. Die Weimarer Erklärung des Parteivorstands hat zumindest eine Thematik in den Vordergrund gestellt, für die es sich lohnt zu kämpfen: Chancengleichheit und ein verbesserter Zugang zu Bildung und zwar vom Kindergarten bis zur Hochschulausbildung. Noch immer wurden aus den Ergebnissen der PISA-Studie nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Zehn Prozent der Jugendlichen verlassen bundesweit die Schule ohne Hauptschulabschluss, der soziale Status der Eltern entscheidet in hohem Maß über den Bildungserfolg der Kinder. In Hessen verschärft sich der Ausleseprozess durch immer neue Selektionsmaßnahmen in den Schulen. Hier gibt es viel zu tun – allerdings hätte der SPD-Vorstand besser darauf verzichtet, mit dem Begriff der Elite-Universität in der Öffentlichkeit zu jonglieren. Wir brauchen bessere Bildung in der Breite und eine Hochschulpolitik, die die Stärken der einzelnen Universitäten fördert. Wir brauchen nicht schon wieder eine schnelle Festlegung auf Konzepte, die die Medien beschäftigen und wenig Substanz haben
meint*

Ein gutes Jahr 2004!

Heike Habermann

Total verlinkt

Es ist da, das neue Internetportal für Verbraucher und Verbraucherschutz in Hessen! Wer einen Blick in das neue Fenster von Umweltminister Dietzel wirft, erfährt Erstaunliches: Unter dem Thema Ernährung beispielsweise werden die Hessen darüber aufgeklärt, dass rund 8 Millionen Männer in Europa Potenzprobleme haben. Und es gibt für betroffene Verbraucher auch gleich richtigen Tip. „Die einzigartige Kombination von Bienenpollen und Gelee royale aus dem Bienenstock ... bringt neue Liebeskraft und Fruchtbarkeit.“ Mag es dafür noch Interessenten geben, so war der Informationswert bis Ende Oktober beim Anklicken der Rubrik Neue Beiträge unter dem Stichwort „Hessen erreicht Spitzenposition“ eher parteipolitisch motiviert: Es erschien das Bild der CDU-Landtagsabgeordneten Apel. Doch damit nicht genug. Folgte man dem Hinweis „Lesen Sie mehr dazu“, landete man postwendend auf der Fraktionsseite der Hessischen CDU. Nachdem die aufmerksame Opposition auf diesen skandalösen Sachverhalt im Landtag hinwies, fehlte sowohl dem zuständigen Minister als auch der porträtierten



Abgeordneten völlig das Unrechtsbewusstsein. Jetzt erteilte der Landesrechnungshof dem Umweltminister einen ordentlichen Rüffel. Eine solche Verknüpfung sei mit dem Neutralitätsgebot einer Regierung nicht vereinbar. Und der Minister trage die Verantwortung. Auch von Frau Apel gesäubert bleibt der Wert des Internetfensters für den Verbraucher fraglich– doch die Haushaltsmittel der Hessischen Verbraucherzentrale für 2004 wurden schon vorsorglich um 16 % gekürzt.

Nordwestbahn mit der Brechstange?

Der Hessische Wirtschaftsminister hatte seine schriftliche Presseerklärung schon vorliegen, bevor die Anhörung zum Risikogutachten über die Absturzwahrscheinlichkeit auf das Chemiewerk Ticona nach dem Bau der geplanten Nordwestbahn zu Ende war. Die neue Landebahn und das Chemiewerk seien für ihn vereinbar erklärte er den Medien. Und auch Fraport sieht keinen Grund seine Planungen zu überprüfen. Beide Stellungnahmen lassen weniger auf eine sorgfältige Abwägung der Sicherheitsinteressen der Bevölkerung schließen. Vielmehr verschärft sich der Eindruck, dass die von Anfang an favorisierte Nordwestbahn um jeden Preis durchgesetzt werden soll. Schließlich gibt es in Deutschland keine verbindlich festgelegten Risikotoleranzwerte. Dass beispielsweise bei unseren Nachbarn in der Schweiz und in den Niederlanden die Nordwestbahn nach dem vorliegenden Gutachten nicht genehmigungsfähig wäre, beeindruckt den Hessischen Wirtschaftsminister offensichtlich wenig. Am 29. und 30. Januar wird die Störfallkommission sich mit den Folgen des Gutachtens für die Ausbaupläne von Fraport beschäftigen. Das Absturzrisiko von 1:10 000 wird zumindest von den Experten als sehr kritisch bezeichnet. Die richtige Konsequenz aus diesem Ergebnis wäre ein Stopp des Planfeststellungsverfahrens für die Nordwestbahn. Und da diese Variante von Fraport immer als diejenige gelobt wurde, die angeblich am wenigsten Menschen (zusätzlich) mit Lärm belastet, wäre eine weitere Konsequenz, über Alternativen zum Bau einer neuen Landebahn nachzudenken. Es gibt keine Landebahnvariante am Flughafen, die unsere Region und unsere Stadt nicht zusätzlich massiv belastet.

Die teuerste Sozialwohnung Hessens

Erbgraf Eberhard zu Erbach-Erbach besitzt das Erbacher Schloss und in ihm eine Kunstsammlung von beträchtlichem Wert. Und der Erbgraf ist in finanziellen Nöten. Die Landesregierung – bei Frauenhäusern und Schuldnerberatung eisern in ihrem Sparwillen – war sofort bereit, eine Lösung für diese finanziellen Nöte zu finden. Zum Wohle des Landes und zum Erhalt der Kunstsammlung wollte sie Eberhard dem Armen sein Schloss samt Inhalt für 13,3 Millionen Euro abkaufen. Zum Wohle des Erbgrafen hätte der geplante Ankauf auch beigetragen: Ihm und allen seinen männlichen (!) Nachkommen wurde kostenloses Wohnrecht auf Lebenszeit zugesprochen. Außerdem wurde der blaublütigen Familie eingeräumt, bis zu sechs Mal im Jahr das Schloss für „Repräsentationszwecke (Taufe, Hochzeit, Konfirmation)“ nutzen zu dürfen – natürlich ebenfalls unentgeltlich. Dann aber ließ Erbgraf Eberhard bei einem Interview mit der Lokalpresse seiner Freude freien Lauf: Er sei froh, dass seine Familie den „Ballast endlich vom Buckel habe.“ Das sei der „größte Deal, den wir je gemacht haben.“ Jetzt ist Ministerpräsident Koch sauer. Der Ankauf wurde gestoppt und soll erst nach sorgfältiger Prüfung in 2004 entschieden werden. Wer so mit Landesgeldern umgeht und gleichzeitig mit dem Rotstift die Sozialstruktur Hessens gefährdet, dem gehört die Rote Karte gezeigt!

meint
Eure

